

# LANDESELTERNBEIRAT

## Baden-Württemberg

Alexanderstr. 81 70182 Stuttgart  
Tel. 0711/741094 Fax 0711/741096  
www.leb-bw.de eMail: info@leb-bw.de

28. April 2005

### **Stellungnahme des Landeselternbeirats zum schulpolitischen Teil der Regierungserklärung von Ministerpräsident Oettinger**

#### **„Bildung und Erziehung sind zwei Seiten der gleichen Medaille“**

- Der Landeselternbeirat begrüßt diese Sichtweise, weil es um die individuell erforderliche Förderung jedes Kindes, jedes Jugendlichen geht.
- Der Landeselternbeirat mahnt gleichwohl, die Aufgabenpartnerschaft von Land und Kommune passgenau und transparent zu gestalten bis hin zur Kennzeichnung von Landesmitteln in den kommunalen Haushalten. Mischfinanzierungen bedürfen unter dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und dem verfassungsrechtlichen Postulat der vergleichbaren Lebensverhältnisse im Land einer klaren Abgrenzung und Erkennbarkeit der Leistungsträger. So stellt der Landeselternbeirat fest, dass Landesmittel in dem kommunalen Sachkostenverteilungsverfahren unterschiedlich und nicht nach dem aktuellen Bedarf der Schulen zugewiesen, ja nicht einmal verwendet werden. An den Schulen müssen nicht nachvollziehbare Minderansätze bei der Sachkostenleistungsfestlegung verkraftet werden, die sich zudem nicht an dem aktuellen Mehrbedarf nach der Bildungsreform 2004 orientieren, sondern an Ansätzen aus dem Jahr 2002 – was wiederum dadurch bedingt ist, dass den Schulträgern zugesagt worden ist, dass die Bildungsreform kostenneutral sei.

#### **„Konzept Schulreifes Kind“**

- Der Landeselternbeirat begrüßt diese Schwerpunktsetzung und dementsprechend auch die sinnvolle Einbeziehung der vorschulischen Bildung in den Bereich des Kultusministeriums. Wenn es um eine Konzeptentwicklung geht, die ergebnisoffen diskutiert werden soll, so erscheinen die derzeit genannten Schritte als sinnvoll. Sie müssen Kinder aller Begabungen – auch die Hochbegabungen – im Blick haben und entsprechende Angebote bereit halten. Der LEB bietet seine Mitarbeit bei der Konzeptentwicklung an. Gleichwohl sind die skizzierten Schritte aber nicht ausreichend für Kinder mit erheblichen Entwicklungsdefiziten, die einer gezielten Förderung bedürfen, zunächst aber vor allem einer gründlichen Diagnose der Ursachen. Eine Mindestvoraussetzung für die Diagnostik ist eine umfassende kinderärztliche (ggf. auch entwicklungsneurologische und psychologische) Untersuchung, die in einer umfassenden Schuleingangsuntersuchung spätestens ein Jahr vor Schulbeginn erfolgen sollte. Die erforderlichen für die Eltern verpflichtenden, aber kostenfreien Fördermaßnahmen müssen spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung einsetzen. Ressourcen aus dem Schulbereich für diesen Aufgabenbereich umzuschichten, erscheint unmöglich, denn schon heute können wegen Geldmangel nicht mehr die erforderlichen Schulungen zur Umsetzung der Bildungsplanreform

angeboten oder die erforderlichen außerschulischen Personen zur externen Evaluation rekrutiert werden..

### „Ganztagsschulen“

- Der Landeselternbeirat teilt die Auffassung, dass Ganztagsschulen in allen Schularten erforderlich sind. Wenn Ganztagsangebote eine qualitative Grundausstattung haben sollen, ist dafür neben ehrenamtlichem Engagement verlässliches und hinreichend pädagogisch qualifiziertes Personal erforderlich.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass bereits heute eine ausreichende Versorgung der bestehenden Halbtagschulen nicht gesichert erscheint: noch immer fällt zuviel Unterricht aus, Krankheitsvertreter fehlen. Quantität und Qualität des Unterrichts müssen Vorrang vor Betreuung haben, wenngleich die musische und sportliche Förderung der Kinder durch sinnvolle Einbeziehung in das Schulkonzept verbessert werden kann. Zu fordern ist jedoch immer, dass in schulischer Verantwortung ein pädagogisch sinnvolles Gesamtkonzept entsteht.

### „Schulentwicklung“

- Der Landeselternbeirat begrüßt die Bekenntnisse zur Qualitätssicherung an Schulen einschließlich der besonderen Förderung der in der **Hauptschule** unterrichteten Jugendlichen. Er vermisst allerdings konkrete Aussagen, wie das geschehen soll. Das gleiche gilt für das Bekenntnis zur Evaluation, für die unzureichende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Wenn Schulen durch Maßnahmen der inneren Schulentwicklung und Profilierung für Eltern attraktiv und nachgefragt werden, ist die derzeitig wieder beobachtete Praxis des Klassenausgleichs – Abweisung und Zuweisung an eine andere Schule auch anderen Profils - aus der Sicht von Eltern nicht hinzunehmen und bestraft die Anstrengungen guter Schulen. Eigenverantwortliche Schulen und mitverantwortliche Eltern werden durch solche Maßnahmen verhindert. Der Klassenausgleich muss deshalb unverzüglich abgeschafft werden! Leistung muss sich endlich lohnen.

gez. Elke Picker, Vorsitzende